

Ercheint wöchentlich  
 einmal: Freitag.  
 Anzeigen: Die 6gespaltene  
 Borgzelle 20 Pfennig.  
 Im Abonnement oder bei  
 Wiederholung entsprechend  
 billiger.  
 Schluss der Redaktion:  
 Dienstag Mittag.

# Die Stimme

Abonnement  
 vierteljährlich 1.— Mark  
 bei jedem Postamt und bei  
 der Expedition.  
 Eingetragen in der  
 Post-Zeitungspreislifte.  
 Redaktion und Expedition:  
 Berlin NO. 55,  
 Greifswalderstr. 221/22.

Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (S.-D.)  
 Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstr. 221/22. — Fernruf: Amt Rönigkstadt 4720.  
 Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Wolfmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22. — Geldsendungen an H. Jelle, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Nummer 39/40.

Am a. Donau, den 8. Oktober 1915.

26. Jahrgang.

**Inhaltsverzeichnis:** Dringende Notwendigkeit zur Erhöhung der Kriegsunterstützung. — Der Milliardenkrieg. — Mehr Rechte der Kommunen bei der Frage der Lebensmittelversorgung. — Kriegerheimstätten. — Kriegererlebnisse von Georg Heydemark. — Sieg. — Rundschau: Die Gründung eines Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge. — Anrechnung der Kriegsjahre. — Der Krieg und die Streiks. — Eine nachahmenswerte Prämienaussetzung. — Mehr als 54 Millionen Mark. — Miethöchstpreise. — Ueber die russischen Saisonnarbeiter in Ostpreußen. — Aus den Ortsvereinen. — Patentschau. — Literarisches. — Sterbetafel. — Anzeigen.

## Dringende Notwendigkeit zur Erhöhung der Kriegsunterstützung.

Die Preise der notwendigen Lebensmittel haben eine Höhe erreicht, die von den ärmeren Bevölkerungsschichten besonders hart empfunden werden. Alle Proteste, scharfe Worte der Regierungsvorsteher, ja, selbst die Drohung mit der Entziehung der bürgerlichen Ehrenrechte, haben nicht vermocht, den Lebensmittelwucher zu befeitigen. Man kann hier allerdings der Meinung sein, ob man von diesen Leuten, die sich in dieser schweren Zeit nicht entblenden, auf Kosten der ärmeren Bevölkerung sich zu bereichern, von Ehre noch reden darf. Kurzum, die Tatsachen sind da, und es muß das eifrigste Bestreben eines jeden sein, derartige Wucherer an den öffentlichen Pranger zu stellen, da die Flucht an die breite Öffentlichkeit sich bisher immer noch als das beste Heilmittel erwiesen hat. Wir haben des Besseren schon auf diese traurigen Tatsachen hingewiesen, daß wir uns heute verjagen können, des Näheren darauf einzugehen; doch soviel sei gesagt, daß in allen Landesteilen sich in allen Versammlungen, in allen Besprechungen, denen man beiwohnt, eine tiefe Erregung und Erbitterung über einen derartig unwürdigen Zustand bemerkbar macht.

Unsere Kollegen im Lande wissen, daß wir gemeinsam mit anderen Organisationen alles daran gesetzt haben, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen, leider sind unsere Bemühungen nicht von dem erwünschten Erfolg begleitet worden. Wir Männer der rauhen Wirklichkeit, die wir den harten Kampf ums Dasein zur Genüge durchkostet haben, die wir an Not und Entbehrungen gewöhnt sind, die wir dieselben oft bei wirtschaftlichen Kämpfen freiwillig, dabei freudig und gerne auf uns genommen haben, wissen die Not der einzelnen Familien umso mehr zu würdigen. Dies trifft ganz besonders auf unsere Kriegerfrauen zu. Unsere Kollegen, die ins Feld gezogen, haben ihre Familien besonders dem Schutz und der Hilfe der Organisationen anvertraut, auf ihre langjährige Erfahrung pochend wußten sie, daß alles getan wird, was möglich war und sie haben sich auch nicht getäuscht. Der Kreis der Einberufenen wird jedoch immer größer, während derjenige der Zurückgebliebenen, also der noch gebliebenen Beitragszahler, immer kleiner wird. Das Vermögen der Haupt- und Lokalfassen ist durch die bei Ausbruch des Krieges gewaltige Arbeitslosigkeit stark in Anspruch genommen worden; dazu kommt, daß doch etwas für spätere Zeiten bleiben muß, da naturgemäß uns noch gewaltige Ausgaben bevorstehen. Wir können aus allen diesen Gründen den Kriegerfrauen nicht die Hilfe gewähren, die wir so gerne möchten. Nun zählt ja zwar der Staat und auch die Mehrzahl der Kommunen eine laufende Unterstützung. Die Höhe der Sätze ist jedoch für ganz normale Zeiten berechnet, die angesichts der schier unerschwinglichen Lebensmittelpreise als völlig unzureichend bezeichnet werden müssen.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht nun in dankenswerter Weise einige Budgets von Kriegerfrauen, die ein großes Licht auf die Unzulänglichkeit der Unterstützungen werfen. Dort heißt es:

Frau W. N., Tilfiter Straße: Die Frau ist Kriegerfrau und hat ein Kind von 5 Monaten, das sie selbst nährt. Der Mann war Dampfer in eine. Mühlenfabrik und verdiente in Friedenszeit 27 Mark wöchentlich, ein Verdienst, der durch die Mithilfe der Frau als Mithilfnerin auf durchschnittlich 40 Mark gesteigert wurde. Jetzt stellen sich die Einnahmen der Frau wie folgt:

	Monatlich in M.
Staatliche und Gemeindeunterstützung	36,00
Mietunterstützung	15,00
Beitrag der Säuglingsfürsorge (täglich 0,15)	4,50
<b>Gesamt</b>	<b>55,50</b>

An den Zeichnungen für die Kriegsanleihen haben sich auch die Deutschen Gewerksvereine (Hirsch-Dunder) tatkräftig beteiligt. Für die beiden ersten Anleihen hatten die dem Gesamtverband angeschlossenen Gewerksvereine 152 100 Mark gezeichnet. Für die dritte Kriegsanleihe sind von den Gewerksvereinen, soweit sich bis jetzt übersehen läßt, 81 500 Mark angelegt worden. Diese Zahlen geben aber keineswegs den Gesamtbeitrag an. Außerdem haben nämlich zahlreiche größere Ortsverbände und Ortsvereine erhebliche Summen gezeichnet; so z. B. die Düsseldorf-Gewerksvereiner allein 6000 Mark zu diesem Zwecke aufgewendet. Wenn man bedenkt, wie schwer die Arbeiterorganisationen durch die an sie heranretenden mannigfachen Kriegsaufgaben belastet sind, wird man anerkennen müssen, daß die Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine ihre patriotische Pflicht in vollem Maße erfüllt haben. Unser Gewerksverein der Holzarbeiter hat allein aus der Begräbniskasse und der Berliner Lokalkasse 67 000 M. gezeichnet.

Von dieser Monatseinnahme von 55,50 M. müssen folgende Ausgaben bestritten werden:

	Monatlich in M.
Miete (ein Zimmer und Küche)	20,00
Milch (1 1/2 Liter täglich)	13,50
Brot (2 Kilogramm wöchentlich)	3,20
<b>Gesamt</b>	<b>36,70</b>

Es bleiben somit für den übrigen Lebensunterhalt nur 18,80 M. pro Monat oder 60 Pf. täglich über. Davon geht noch etwa 1,50 M. für Seife zum Waschen der Kinderwäsche ab. Man wird es also verstehen, daß die Frau erklärt, sie könne zum Mittagessen nur ein wenig Gemüse, Kartoffeln mit Schmalz kochen. Der Mietzins beträgt monatlich 26 M., davon hat der Hauswirt 6 M. nachgelassen. Sobald die Frau wieder ihre vollen Kräfte zurückgewonnen hat — sie ist von der Geburt und von der Pflege ihres Kindes noch geschwächt — wird sie ihre Beschäftigung als Mithilfnerin wieder aufnehmen und sich dann wirtschaftlich besser stellen. Der Mietzins nimmt in diesem Falle 35 Proz. des Gesamteinkommens in Anspruch.

Frau A. D., Gothenstraße. Kriegswitwe mit einem Kind im Alter von drei Jahren. Der Mann war Kassierer bei einer Depositenkasse mit einem Jahreseinkommen von 3000 M. Er ist als Offizierstellvertreter ins Feld gezogen und bei Dirmuiden gefallen.

Einnahmen:		Monatlich in M.
Staatliche Pension der Witwe		50,—
Für das Kind		18,—
		64,—
Ausgaben:		
Mietzins für ein möbliertes Zimmer		20,—
Milch (3/4 Liter täglich)		6,30
Brot (2 Kilogramm wöchentlich)		3,20
Gemüse (durchschnittlich 0,30 M. täglich)		9,—
Kartoffeln (30 Pfund monatlich)		1,50
Fett und Butter		4,—
Fleisch (1/4 Kilo wöchentlich)		3,20
Seife zur Wäsche		1,20
Beleuchtung, Heizung		4,—
Mehl, Mondamin, Hülsenfrüchte		9,—
Kaffee, Zucker		2,50
<b>Gesamt</b>		<b>63,90</b>

Die Frau erklärt: „Wenn ich ganz sparsam lebe, wöchentlich nur einmal Fleisch genieße und im übrigen von Gemüse und Kartoffeln lebe, kann ich knapp auskommen. Dann bleibt aber nichts für Nähfaden, Nadeln und dergleichen zum Ausbessern der Kleider. Für das Kind kochte ich meistens einen Mondamin-Budding, den es sehr gern ißt. Seit einigen Tagen bin ich beim Vaterländischen Frauenverein provisorisch angestellt mit einem Monatsgehalt von 50 M. Damit werde ich mein Leben wesentlich besser einrichten können.“ Die Wohnung, ein einzelnes möbliertes Zimmer, nimmt in diesem Fall 30 Prozent in Anspruch. Der Lebensunterhalt, denkbar einfach, erfordert den Rest.

Derartige Beispiele könnte man ja noch Tausende aufzählen, die zum Teil noch trasser liegen. In Betracht ziehen muß man noch die Kriegerfrauen aus kleineren Orten, die oft von den Kommunen nicht die geringste Unterstützung erhalten, da dieselben selbst sehr stark verschuldet sind, auch ist oft in diesen Orten den Kriegerfrauen jede Möglichkeit genommen, durch Nebenbeschäftigung ihre Einnahmen zu erhöhen, ganz abgesehen von der oft willkürlichen Handhabung einzelner Kommissionen, die die Bedürftigkeitsfrage feststellen.

Das Berliner Gewerbegericht hat im Etatsjahr 1911 auf Ersuchen der Gewerbe-Deputation ein Gutachten erstattet, ob und inwieweit die auf Grund des § 1 des Krankenversicherungs-gesetzes festgesetzten Ortsdurchschnittspreise, nach denen der Wert von Naturalbezügen bei Berechnung des Jahresarbeitsverdienstes in Ansatz zu bringen ist, mit Rücksicht auf die jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse einer Verringerung bedürfen. Das Gutachten lautete dahin, daß der Beföstigungs-latz auf 1,50 M. für den Tag und die tägliche Mietenscha-digung auf 0,50 M. festzusetzen sei.

Danach würde sich der Beföstigungs-latz pro Monat auf 45 M. belaufen. Das war im Jahre 1911. Die heutigen Verhältnisse erfordern eine Erhöhung dieses Existenzminimums. Einzelne Unterstützungskommissionen in Berlin haben sich an dieses Gutachten des Gewerbegerichts erinnert und als Minimum für eine Frau 40 M. monatlich und 15 M. für ein Kind festgesetzt. Diese Sätze zugrunde gelegt, wird unter Berücksichtigung der Kriegsunterstützung und etwaiger Leistungen des Arbeitgebers oder sonstiger Einkünfte berechnet, ob Miet-beihilfe und in welcher Höhe solche erforderlich erachtet wird. Es gibt auch Kommissionen, in denen der Satz von 35 M. für eine Frau zugrunde gelegt wird.

Dies Gutachten, welches doch von wahrhaft unparteiischer Seite abgegeben ist, sollte doch in dieser Zeit, zumal es für das Jahr 1911 abgegeben ist, mehr berücksichtigt werden. Wir sind uns wohl bewußt, daß die Schulden und Lasten des Staats und der Kommunen ins Unendliche wachsen, das soll aber nicht hindern, Reformen betreffs Erhöhung der Kriegsunterstützung vorzunehmen. Die jetzt gemachten Schulden müssen wieder durch Steuern aufgebracht werden. Mögen dieselben sich verdoppeln, verdreifachen, so muß das ertragen werden. Unwiderbringlich ist aber der Verlust an Menschenleben und Gesundheit, die durch Unterernährung hervorgerufen wird. Auf der Jugend bauen wir unsere Zukunft. Unzählige blühende Menschenleben werden jetzt durch den Krieg vernichtet, die heranwachsende Jugend ist dazu berufen, Ersatz für die verlorenen Kräfte zu bieten. Sollen dieselben die Lücken wieder vollwertig ausfüllen, so dürfen sie im zarten Alter nicht Schaden an ihrer Gesundheit durch Unterernährung leiden. Dies muß aber angesichts der hohen Lebensmittelpreise eintreten, wenn den Kriegerfrauen und deren Kindern nicht eine höhere Unterstützung seitens des Staats und der Kommunen zuteil wird. Wir müssen auch dafür sorgen, daß unseren Kriegern im Felde die Sorge um die Ernährung ihrer Familien genommen wird. Wir sind von einer Welt von Feinden umringt, die es auf die völlige Vernichtung unseres deutschen Vaterlandes abgesehen haben. Der Wille, die Liebe zum Vaterland und die Tapferkeit unserer Soldaten, hat es bisher vermocht, den Kriegsschauplatz ins feindliche Land zu verlegen. Wir haben auch das feste Vertrauen zu unseren Truppen und Heeresführern, daß sie den Sieg endgiltig an unsere Feinde herten werden. Wir sind uns aber auch bewußt, welche unendlich viel Gut und Blut und Entbehrungen, seitens unserer Truppen gebracht werden. Gerade dadurch ist es notwendig, alle Familien sorgen von ihnen fern zu halten, damit ihr Sinn durch nichts abgelenkt wird.

Im Interesse des gesamten deutschen Vaterlandes ist es notwendig, daß eine Erhöhung der Unterstützungssätze für die Kriegerfrauen so bald wie möglich eintritt. Die Frage drängt umso mehr, indem der Winter vor der Tür steht und die Sorge um die Heizung hinzutritt.

## Der Milliardenkrieg.

Deutschland hat durch die Zeichnung der neuen Kriegsanleihe von über zwölf Milliarden auf das Neue bewiesen, daß es nicht bloß militärisch, sondern auch wirtschaftlich stark dasteht. An Kriegskosten wurden bisher vom deutschen Reichstag 30 Milliarden bewilligt. Auf die beiden ersten Anleihen wurden rund 13 Milliarden eingezahlt, jetzt auf die dritte Anleihe sind wieder über 12 Milliarden gezeichnet worden. Diese Einzahlung bezw. Zeichnung bedeutet eine ganz gewaltige Leistung aller Schichten der Bevölkerung des deutschen Reiches. Angesichts dieser Summe erhebt sich unwillkürlich die Frage, in welchem Verhältnis steht dieser Betrag zum Vermögen des deutschen Volkes, wie soll es werden, wenn der Anleihebedarf noch eine kurze Zeit in diesem Tempo weiter geht. Da wird es manchem zur Beruhigung dienen, wenn er erfährt, daß die 13 Milliarden erst die Hälfte des Vermögens ausmachen, über das in Preußen allein die Millionäre verfügen.

Nach dem Statistischen Jahrbuch für den preussischen Staat gab es im Jahre 1914 in Preußen nicht weniger als 9789 Steuerpflichtige, die über ein Vermögen von mehr als einer Million Mark verfügten. Das Gesamtvermögen dieser Millionäre betrug 26 Milliarden Mark (genau 26 711 000 000 M.).



auch der ungesunde Zug nach den Städten nachlassen, und eine für die Gesamtbesserung wohlthätige Verteilung der Menschen über das ganze Land stattfinden.

Die Heimstättenfrage hat schon einmal unser deutsches Volk beschäftigt. Vor 11 Jahren fand sich bereits eine Mehrheit im Reichstag, die ein Heimstättengesetz forderte. Der Bund deutscher Bodenreformer hat seit Jahren die Frage eines allgemeinen deutschen Heimstättenrechtes als eine der wichtigsten Fragen unserer Volkszukunft eingehend behandelt. Es ist jedoch jetzt nicht an der Zeit, diese Forderung zum Abschluß zu bringen. Die Forderung der Zeit besteht in erster Linie auf Schaffung von Kriegerheimstätten unter gesunden Rechtsverhältnissen, damit sich hier die Dankbarkeit des Vaterlandes denen gegenüber, die es mit ihrem Blut und Leben verteidigt haben, erfülle.

Auf Veranlassung des Bundes Deutscher Bodenreformer hat sich deshalb ein Hauptauschuß für Kriegerheimstätten (Geschäftsstelle: Berlin, Vestingstraße 11) gebildet, der ausschließlich für Schaffung von Kriegerheimstätten einzutreten hat. Seine neutrale Stellung ermöglicht es jedem Verein in Stadt und Land, sich ihm anzuschließen. Es sind ihm bereits die mannigfaltigsten Vereine, die mehr als 1 Million Mitglieder zählen, beigetreten. Auch unser Verband hat sich ihm angeschlossen.

Der Hauptauschuß fordert Heimstätten für unsere Krieger, die billig, unverschuldet und unverlierbar sind. Er will auch jede spätere Spekulation mit den Heimstätten ausschließen und möglichst dauernd den Heimstättenbesitzer mit der Heimstätte verbinden.

Der Hauptauschuß erstrebt ein Reichsgesetz, durch das den heimkehrenden Kriegern die Möglichkeit gegeben wird, mit öffentlicher Hilfe im Reich oder seinen Kolonien eine Heimstätte zu erwerben, sei es zum Zwecke ländlicher oder gärtnerischer Siedlung, sei es zum Erwerb eines Wohnheims, und zwar aus folgender Grundlage:

1. Anspruch eines jeden Kriegers auf Vergabe billigen Bodens, bei dessen Preis nicht der Marktwert, sondern allein die Rücksicht auf den gesicherten Bestand der Heimstätten ausschlaggebend ist.
2. Uebernahme des Grundstückes ohne Kapitalanzahlung gegen eine mäßige und kündbare Rente, die nicht erhöht werden darf, so lange der Kriegsteilnehmer lebt oder sich nicht der Heimstätte entäußert.
3. Bereitstellung von Baudarlehen gegen mäßige Zins- und Tilgungssätze, wobei gärtnerische und landwirtschaftliche Betriebe die berufliche Eignung und ein angemessenes Betriebskapital voraussetzen sind. Diese Tilgungsbarlehen dürfen die volle Höhe der Baukosten erreichen, damit auch Unbemittelten die Errichtung einer Heimstätte ermöglicht wird.

In unserem weiten deutschen Vaterland ist noch genügend Land für Kriegerheimstätten vorhanden. Nach gewissenhafter Aufstellung haben allein 650 Orte mit über 5000 Einwohnern mehr als 363 000 Hektar eigenen Bodens, wobei große Waldbestände, ebenso die Berliner Riefelfelder nicht mitgezählt sind. Würde hiervon nur der 10. Teil zu städtischen Heimstätten von durchschnittlich 250 Quadratmetern zur Verfügung gestellt, dann hätten wir 40 Kleinwohnungen auf den Hektar und allein in diesen Orten Unterkunft für 1 500 000 Familien.

Dazu kommt noch das Eigentum so mancher Dörfer und der Bodenbesitz der gar nicht geringen Zahl unserer Städte unter 5000 Einwohnern. Auch die Oed-Ländereien und Moorflächen warten der Erschließung. Das in unserem Vaterlande befindliche Oedland hat eine Fläche, die 2 1/2 mal so groß ist, wie das Königreich Sachsen, hier könnten wir eine Provinz im Frieden erobern!

Wenn die fiskalischen und Gemeinde-Ländereien nicht ausreichen, dann können wir durch ein allgemeines Vorkaufsrecht für den Staat noch viel Land gewinnen. Eine verständige Innenkolonisation wird nach dem Kriege noch viel Land zu Neuansiedlungen kleinbäuerlichen Besitzes erwerben können.

Manche Städte werden allerdings innerhalb ihres Weichbildes keinen Platz mehr für Heimstätten besitzen. Es ist deshalb nicht möglich, jedem Krieger an jedem Orte Heimstätten zu versprechen. Der Ausgleich muß innerhalb eines Landesgebietes gefunden werden können.

Wenn wir Kriegerheimstätten fordern, wollen wir daran denken, daß wir mit diesem Geschenk auch unserem ganzen Volke den besten Dienst erweisen. Gelingt es, immer mehr erwachsene Deutsche selbständig zu machen, ihnen ein

Heim und eine Heimat zu schaffen, dann können wir getrost in die Zukunft schauen; denn die Zukunft eines Volkes beruht wesentlich auf der Zahl seiner selbständigen, bodenständigen Glieder. Nimmt diese Zahl zu, dann geht es mit dem Volke aufwärts. Gelingt es einem Volke aber nicht, seinen Kindern in immer steigender Anzahl Selbständigkeit und Heimat zu geben, dann hilft aller sonstiger Fortschritt nichts. Alle sozialen Kreise unseres Volkes sollen sich deshalb dem Hauptauschuß für Kriegerheimstätten anschließen! Wenn die große vaterländische Aufgabe des Hauptauschusses gelingen soll, dann ist die Mitarbeit aller Kräfte in unseren Ortsgruppen auf, sich sobald wie möglich dem Hauptauschuß anzuschließen.

Wir dürfen in unserer Arbeit nicht eher ruhen, als bis das Volk, das so freudig und heldenhaft für das Vaterland kämpft und blutet, wahrhaft Anteil an diesem Vaterland erhält.

Nur dann, wenn unser Volk wieder bodenständig wird, kann es so gesund bleiben und wachsen, wie es nötig sein wird, um die Früchte des siegreichen Ringens dauernd zu sichern. „Kriegerheimstätten“ — dies Wort umschließt die Aufgabe der Daheimgebliebenen, die unseres Volkes Schicksalskunde erkannt haben.

### o o o o o Rundschau o o o o o

#### Die Gründung eines Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge

Ist am 16. vor. Mts. von Vertretern der deutschen Bundesstaaten vollzogen worden. Als Kommissar des Reichsamts des Innern wohnte Geheimter Regierungsrat Klemmer der Besprechung bei. Landesdirektor v. Winterfeldt begrüßte die erschienenen Vertreter der Bundesstaaten, und dann sprach der Landeshauptmann der Provinz Westfalen, Dr. v. Hammer-Schmidt über das einheitliche Zusammenarbeiten der einzelnen provinziellen und bundesstaatlichen Organisationen. Ein besonderes Augenmerk sei der Aufklärung über die Kriegsbeschädigtenfürsorge durch die Tagespresse und der Verwirklichung des Unterrichts- und Lebensbedürfnisses der Kriegsbeschädigten selbst durch eine gemeinsame Zeitschrift für das ganze Reich zu widmen. Der Redner empfahl außerdem eine wissenschaftliche Fachzeitschrift für die gesamte Kriegsbeschädigtenfürsorge zu schaffen. Eine besondere reiche Arbeit werde dem Reichsausschuß auf dem Gebiete der Gesetzgebung und Verordnungen erwachsen. Der einstimmige Beschluß des Reichstages, eine Zentralstelle für die Kriegsbeschädigtenfürsorge von Reichswegen zu gründen, sei von der Reichsregierung nicht durchgeführt worden, weil diese gegen die Zentralisierung durch das Reich selbst Bedenken erhob. Das Bedürfnis, einen Mittelpunkt für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ganz Deutschlands zu schaffen, sei aber vorhanden, und der natürliche Weg zur Befriedigung dieses Bedürfnisses sei ein engerer Zusammenschluß der in der Arbeit stehenden einzelstaatlichen Organisationen. Aus allen diesen Gründen empfahl der Redner die Gründung eines Reichsausschusses für Kriegsbeschädigtenfürsorge, in dem jede bundesstaatliche Organisation eine Stimme haben solle.

In der Besprechung, die sich an den Vortrag schloß, kam übereinstimmend die Meinung zum Ausdruck, daß es notwendig sei, die einzelnen bundesstaatlichen Ausschüsse für Kriegsbeschädigtenfürsorge im Deutschen Reich einheitlich zusammenzufassen.

Die Versammlung beschloß darauf einstimmig die Gründung eines Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge (Hauptversammlung der einzelstaatlichen Organisationen) als anregende, beratende und begutachtende Stelle und trat gestern als solcher zum ersten Male zusammen. Der Reichsausschuß wählte zum Vorsitzenden den Landesdirektor der Provinz Brandenburg, v. Winterfeldt. Die Versammlung wählte ferner einen Reichsarbeitsauschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge, bestehend aus je zwei Vertretern der norddeutschen, mitteldeutschen und süddeutschen Staaten, und entsandte in diesen je einen Vertreter von Preußen, Mecklenburg, Sachsen, Hessen, Bayern und Württemberg. Dem Reichsarbeitsauschuß wurde weiter das Recht der Zuwahl verliehen, ebenso das Recht der Bildung von Sonderauschüssen aller Art. Er hat ferner die Befugnis, eine Reichsgeschäftsstelle einzurichten und die dafür erforderlichen Kosten durch Umlagen auf die

Kriegsbeschädigtenfürsorge-Organisationen der angeschlossenen Bundesstaaten nach Maßgabe der Bevölkerungszahl verteilen. Der Arbeitsauschuß erhielt schließlich die Befugnis, eine Geschäftsordnung für sich selbst und eine solche für den Reichsausschuß (Hauptversammlung) zu beschließen.

Namens des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern erklärte Geheimter Regierungsrat Klemmer, daß der Staatssekretär gerne einen Vertreter zu der Gründung des Reichsausschusses entsandt habe, und daß der Ausschuß der wohlwollenden Unterstützung der Reichsregierung sicher sein könne. Landesdirektor v. Winterfeldt schloß die Versammlung mit dem lebhaften Wunsch, daß das hohe Ziel, die Kriegsbeschädigten wieder zu tüchtigen und nützlichen Mitgliedern unseres Volkes zu machen, voll erreicht werden möge.

#### Anrechnung der Kriegsjahre.

Das „Reichs-Gesetzblatt“ veröffentlicht einen Erlass, der feststellt, wer als Kriegsteilnehmer anzusehen ist.

Als Teilnehmer an dem gegenwärtigen Kriege gelten: 1. die Angehörigen des Deutschen Heeres, der Marine, der Schutz- und Polizeitruppen in den Schutzgebieten, die während des Krieges an einer Schlacht, einem Gefecht, einem Stellungskampf oder einer Belagerung teilgenommen haben, gleichgültig, ob diese Teilnahme bei den deutschen oder den Streitkräften eines mit dem Deutschen Reich verbündeten oder befreundeten Staates erfolgt ist, 2. die Angehörigen des Deutschen Heeres, der Marine, der Schutz- und Polizeitruppen, die ohne vor den Feind gekommen zu sein (Ziffer 1), sich während des Krieges aus dienstlichem Anlaß mindestens zwei Monate im Kriegsgebiet aufgehalten haben.

Als Kriegsgebiet sind anzusehen: a) das Gebiet der Staaten, mit denen das Deutsche Reich und die mit ihm verbündeten oder befreundeten Staaten sich im Kriege befinden, einschließlich der Kolonien dieser Staaten und Luxemburg, b) sämtliche deutsche Schutzgebiete, c) die Gebietsteile des Deutschen Reiches und der mit ihm verbündeten oder befreundeten Staaten, soweit in ihnen kriegerische Operationen stattgefunden haben, d) das gesamte Meeresgebiet und e) das Küstengebiet, soweit sie vom Feinde gefährdet sind.

Denjenigen Kriegsteilnehmern, die sowohl im Kalenderjahr 1914 wie im Kalenderjahr 1915 die vorstehenden Bedingungen erfüllt haben, sind zwei Kriegsjahre anzurechnen.

#### Der Krieg und die Streiks.

Soeben ist zur amtlichen Statistik des deutschen Reiches ein Sonderheft über die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1914 erschienen. Danach sind in Deutschland im Jahre 1914 nur 24 Streiks nach dem Kriegsbeginn ausgebrochen. Sie umfaßten 1126 Streikende in 25 Betrieben. Alle diese 24 Streiks sind noch 1914 beendet worden. Aussperrungen erfolgten während des Krieges überhaupt nicht. Alle Ende Juni noch im Gang befindlichen Streiks und Aussperrungen nahmen nach Ausbruch des Krieges ein schnelles Ende. Im Durchschnitt der Jahre 1909 bis 1913 streikten jährlich 226 187 Arbeiter und 101 406 wurden ausgesperrt. 1914 betrug die Zahl der Streikenden 56 862, der Ausgesperrten 36 458. Unter den vor dem Krieg begonnenen und im Kriege beendeten 115 Streiks und Aussperrungen hat sich für die meisten — 98 — ergeben, daß sie unmittelbar durch den Krieg beendet sind. Aber auch von den übrigen, die sämtlich bald nach Kriegsausbruch beendet wurden, erfolgte die Beendigung im wesentlichen unter dem Einfluß des Krieges. Von allen 1223 Arbeitskämpfen des Jahres 1914 wurden 1084, die 62 378 Arbeiter umfaßten, schon vor dem Kriege beendet.

#### Eine nachahmenswerte Prämienaussetzung!

Während in der Presse sonst nur davon die Rede war, welche große Schwierigkeiten kinderreiche Familien beim Suchen einer passenden Wohnung zu überwinden hatten, weiß jetzt die „Soziale Praxis“ zu vermelden, daß dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf von privater Seite 100 000 Mk. zur Verfügung gestellt wurden, deren Zinsen vom 1. April 1916 ab zur Verteilung an kinderreiche Mütter gelangen sollen. Der rücksichtungsvolle erfahrene diejenigen Mütter, die seit zwei Jahren im Regierungsbezirk Düsseldorf ihren Wohnsitz haben. Der Kinderreichtum muß sich in vier gutgehaltene Kinder ausweisen können, von denen das älteste im vierzehnten Lebensjahre steht oder im Laufe des Jahres zur Entlassung aus der Volksschule gelangt.

#### Miethöchstpreise.

Gegen die unberechtigten Mietsteigerungen während des Krieges hat der Magistrat in Würzburg zu einem eigenartigen Mittel gegriffen. Er hat nämlich für Kleinwohnungen in Häusern, auf die er Kleinwohnungshypotheken gegeben hat, für die Zeit vom kommenden 1. Oktober ab Höchstpreise festgesetzt.

#### Mehr als 54 Millionen Mark

sind von der Stadt Berlin bisher an Unterstützungen allein für die Familien der Kriegsteilnehmer aufgewendet worden. Hiervon entfallen auf das erste Kriegsjahr 46,5 Millionen Mark. Nicht berücksichtigt sind hier die Leistungen, die den Familien der unter den Fahnen stehenden Beamten und Angestellten der Stadt gewährt worden sind.

Die Zahl der in Berlin im August 1915 unterstützten Kriegerfamilien hat wiederum eine erhebliche Steigerung erfahren. Während sie im August vorigen Jahres 62 980 betrug, im Januar 85 543, im April 113 032, im Juli 150 911, hat sie im August ds. Js. eine Höhe von 164 940 erreicht. Eine verhältnismäßig noch viel stärkere Steigerung haben die für Zwecke der Familien-Kriegsunterstützung aufgewendeten Beiträge erfahren. Es gelangten im August 1914 zur Auszahlung 1,28 Millionen Mark, im Januar 3,75 Millionen Mark, im April 4,65 Millionen Mark und im Juli 6,55 Millionen Mark. Die Aufwendungen im August 1915 übersteigen die für Juli 1915 um mehr als 1 Million Mark. Es sind nämlich in dem einen Monat August an Unterstützungen lediglich für Kriegerfamilien 7,58 Millionen Mark gewährt worden.

Der Magistrat hat in der letzten Sitzung beschlossen, für die Sparkasse der Stadt Berlin 45 Millionen Mark zur dritten Reichskriegsanleihe zu zeichnen.

#### Ueber die russ. „Saisonarbeiter“ in Ostpreußen.

In einem Vortrage, den Generalsuperintendent Schöttler aus Königsberg im Verwaltungsrat der Frauenhilfe im Her-

## Siege.)

Sei, wie das eilt. Man weiß kaum mehr, ob und wo man steht. Der deutsche Adler fliegt. Machtvoll schneiden seine Schwingen durch die Luft. Sie berühren die Erde und zerbrechen im Flug Burg an Burg wie dürre Zweige. So fliegst du seit Jahrhunderten nicht mehr gen Osten, du deutscher Vorkämpfer! Sei preise meine Augen, daß sie dich so schauen!

Am hellen Sonntag stand ich auf dem Drachensfels am Rhein. Meine Blicke schweiften ins Land; da verstand ich, wie begehrenswert diese goldenen Gauen sind, und wie liebend gern der Franzose sich an diesem Fluß häuslich niederlassen möchte. Glänze dreißig Verwundete sahen an langem Tisch still und gelassen. Plötzlich kommt Bewegung in ihre Runde; der eine ruft dem andern zu: „Warschau ist gefallen!“ In drei Sekunden wissen es alle rundum. Schon legen die Schiffe auf dem Rhein Wimpel und Flaggen auf; Glockenklänge tönen aus Dörfern und Städten. Du ehrwürdiger Felsen, hörst du: Warschau ist gefallen. Träume ruhig weiter von fernem goldener Zeit. Du bleibst deutsch und wirst noch Großes erleben!

Rascher wollen heute die Wellen sein; düstiger keiden sich noch rasch die Abendwolken. Die Sonne holt noch schnell eine silberne Krone heraus, sich zur Feier zu schmücken. Zu Köln, der Stadt großer Erinnerungen, drängen sich Menschen an Menschen. Fahnen reichen sich die Hand von einem Haus zum andern. Jedem Stein in der Mauer, jedem Pferd am Wagen, den Tauben auf dem Dorplatz möchte man klar machen, daß sie sich mitfreuen dürfen: „Warschau ist gefallen!“ Und heute! Heute fliegt Warschau in Wolken, nicht mehr im Osten. Wie der Wildbach Riefelblut an Riefelblut wegwollt, so barst eine Festung nach der anderen. Jeden einzelnen

Namen vernahmen wir mit Staunen: Zwangorod, Pultusk, Roshan, Lomsze, Rowno, Georgiewitsch, Ossowiesce, Brest-Litowsk. Das Herz erzitterte und man kam nicht zur Ruhe. Heute ist das alles wie ein Traum. Kein, nein, es ist taghelle, stolze Wirklichkeit. Silberhämme seid ihr geworden, ihr unvergeßlichen Truppen, bessere, als die besten im Land: ihr habt in wenig Wochen ein kostbares Geschmeide gewunden um Deutschlands Arm; und ihr Meister und Führer der Schlachten schenktet Deutschland eine Kette von Perlen, deren jede einzelne die Geschichte wägt in ihrer Helmschale. Gleichzeitig führen unsere Schiffe, flogen unsere Fahrzeuge, rasch wie die Möwen, sicher wie die Geier. Jäh hält die treue Wacht im Westen das erstrittene Land, und wartet des Augenblicks, da ihre Lösung so erfrischend lautet, wie im Osten: „Vorwärts!“ Auch sie siegten im Osten mit; denn jeder half dem andern. Unglaubliches geschah; Unerwartetes kam; Sieg eilte von Morgen zu Abend, Sieg, Sieg.

Drum freue dich, du liebe deutsche Seele, freue dich aus aller tiefstem Lebensgrund! Kein Band ist so farbig, keine Seite so weich, daß sie zum Festtagskleid passen würde. Ein ganzes Volk jauchzt zu den Sternen, noch blutend aus frischen Wunden; das ist unser heilig-woher Freudenjahr. Himmel und Erde hört ihn. Auch Freude machi groß; ein armer Mensch, der sich nicht freuen will. Das Herz muß gesund sein, wenn es den Sturm der Freude durch seine Tore zittern lassen darf. Drum freue dich! Unsere Freude ist aus Not geboren, so ist sie echt; sie trägt noch die Spuren von Staub und Schmutz und Blut darum ist sie wahr. Holt Geigen und Trommeln, daß Dichter und Pöbel — nein, laßt sie alle! Das Große ist nicht laut. Es redet seine eigene Sprache, die tiefer ist als verklügelnder Ton. In schweigender Stille jubelt der Alpenfarn der ewigen Sonne zu. In schweigender Seele reißt die dankbare Erkenntnis für das gewaltige Schicksal, dessen Träger wir sind. Und dann nach vielen solchen Siegen, liebe deutsche Seele — dann, dann kommt Sieg!

\*) Aus „Eiserne Blätter“, die durch D. Traub, Dortmund, Wiesbaden, Nr. 48, zu beziehen sind. Die Uebersätze sind für den Kriegsteilnehmer bestimmt.

